Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 20. März 1929 — Nummer 67

Metallschiedsspruch einstimmig abgelehnt!

Große Tarifkommission und Chemnitzer Vertrauensleute gegen den Schandschiedsspruch
Ablehnung des Kampfprogramms der Opposition

Betriebe, vor die Front!

Dresden, den 20. März.

Am Dienstag dem 19. März tagte im Volkshaus die große Tarifkommission Metall. Den Bericht über die Verhandlungen und über den gefällten Schiedsspruch gab der Bezirksleiter Teichgräber. Er betonte besonders folgendes:

Die Unternehmer waren bei den gesamten Verhandlungen sehr fest. Sie begründeten ihre Haltung in der schlechten Konjunktur und mit den dauernden Konkursen. Bei der 2. Verhandlung wurden die Unternehmer noch hartnäckiger. Teichgräber habe die Forderung der Arbeiter im Auftrage der Verhandlungskommission begründet. Statistisch wäre zur Lebenshaltung notwendig mindestens ein Lohn von 1,20 Mark. Der Wunsch des Arbeitsministers war es (welcher Arbeitsminister, war aus den Ausführungen Teichgräbers nicht zu ersehen), daß Lohn- und Manteltarif zugleich ablaufen. Die Statistiken der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz hätten ergeben, daß für eine 4köpfige Familie zur Lebenshaltung im Monat 212 bis 220 Mark notwendig sind. Er gibt dann den Schiedsspruch bekannt und erklärt, daß die mittlere Tarifkommission der großen Tarifkommission vorschlägt, den Schiedsspruch abzulehnen. Die mittlere Tarifkommission steht auf dem Standpunkt, daß ein Kampf vor Ablauf des Tarifes nicht möglich ist. Es soll versucht werden, die Verbindlichkeitserklärung zu verhindern und die Spanne zwischen dem Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig und dem übrigen Sachsen zu beseitigen, damit die Lohnspanne zwischen den Spitzenlöhnen sich nicht noch mehr vergrößert (Leipzig hat bekanntlich einen höheren Lohn).

In der kurzen Debatte sprechen zwei Redner, die nicht zur Opposition gehören, und es ist bezeichnend, daß beide für energische Kampfvorbereitungen sprachen. Der erste Redner aus Radeberg erklärt, daß sich sämtliche Funktionäre einig sind, daß einmal auch ein Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung aufgenommen werden muß. Selbst Mitglieder, die 25 und 30 Jahre dem Verband angehören, zeigen einen starken Unwillen.

Der zweite Redner, Schmidt, erklärte, daß ohne Kampfaufnahme nichts zu erreichen wäre.

In seinem Schlußwort sagte Teichgräber: „Es ist nicht möglich, dasselbe zu tun, wie die Ruhrindustriellen". Nach Begründung dieser Meinung betont er dann phrasenhaft, daß man Kampfesmöglichkeiten nicht außer acht lassen darf.

Der Schiedsspruch wurde einstimmig abgelehnt.

In der zweiten Abstimmung, ob die große Tarifkommission die Linie, wie sie Teichgräber entwickelt hat, für richtig hält, entscheiden sich nur drei gegen diese Linie. Auch der Radeberger Kollege hat nicht den Mut gefunden, gegen die Linie Teichgräbers zu stimmen. Die ganze Sitzung dauerte nur eine reichliche Stunde.

Die Vertrauensmänner des DMV Chemnitz, die bereits am Sonnabend dem 16. März zu dem Schiedsspruch Stellung nahmen, beschlossen ebenfalls die einstimmige Ablehnung.

*

In Chemnitz wie bei der Sitzung der großen Tarifkommission zeigte sich aber auch, daß die Reformisten nicht den Weg des Kampfes gegen das Unternehmertum, sondern nur den der Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens gehen wollen. Die Ablehnung des Kampfprogrammes der Opposition durch die Reformisten ist der beste Beweis dafür. Daß selbst sozialdemokratische Arbeiter in der großen Tarifkommission erklären mußten, daß man auch gegen die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches zu kämpfen habe, da jedes Beugen vor den Schlichtungsinstanzen nichts anderes als wie ein Preisgeben aller Grundsätze bedeutet, zeigt die wachsende Erkenntnis der Arbeiterschaft über den Wert des von den Sozialdemokraten so viel gepriesenen Schlichtungswesens.

Die Beschlüsse, die sowohl die große Tarifkommission der Metallarbeiter als auch die bereits stattgefundene Betriebsräteversammlung gefaßt haben, sind vollständig ungenügend. **Die Arbeiter müssen in den Betrieben sich über diese Beschlüsse hinwegsetzen und überall einheitliche Streikleitungen wählen. Nur wenn sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, wenn sie bereit sind, zu kämpfen gegen Schlichtungsapparat, Unternehmertum und reformistische Gewerkschaftsbureaukratie, werden sie in der Lage sein, ihre Lebenslage zu verbessern.**

Opposition sieg in Mannheim

Von 222 abgegebenen Stimmen 195 für die Gewerkschaftsopposition

Mannheim 20. März. Bei der gestern stattgefundenen Aufstellung der Betriebsratsliste der Firma Hamm, Schnellpressenfabrik in Heidelberg, erfocht die Opposition einen vollen Sieg. Für die freigewerkschaftliche Liste wurden 222 Stimmen abgegeben. Davon erhielt der Spitzenkandidat der Opposition 195, die andern oppositionellen Kandidaten wurden mit vier- bis fünffacher Mehrheit gegenüber den Reformisten gewählt. Als Betriebsräte kommen nunmehr in Frage: 4 Kommunisten, 2 Sympathisierende, 1 oppositioneller Sozialdemokrat; als Ersatzleute: 3 Kommunisten, 4 Sympathisierende. Sämtliche Vorschläge sind von der Opposition eingereicht. Die Reformisten haben nicht einen einzigen ihrer Kandidaten durchgebracht.

Kein Hereinfallen auf den Wahlköder der SPD für die Dresdner Straßenbahner!

Arbeiter der Städtischen Straßenbahn! Wählt geschlossen die Liste der Gewerkschaftsopposition: 2!

Der Sieg der Berliner Verkehrs-AG-Arbeiter über die Reformisten ist der Dresdner SPD und den reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten in die Knochen gefahren. Schnell suchten sie deshalb nach einem zugefertigten Wahlköder. Sie glauben diesen gefunden zu haben, indem sie dem Dresdner Straßenbahnpersonal versprachen, daß sie noch vor Ostern die Freifahrt bekommen würden. Wie steht es damit?

Bei der Beratung des Haushaltplanes 1928 für Dresden, also am 7. Juni 1928, stellte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion den Antrag,

„sämtlichen Arbeitern und Angestellten der Straßenbahn, soweit sie bisher noch keine freie Fahrt haben, wöchentlich 12 freie Fahrten zu gewähren."

Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Was geschah mit diesem Antrag und was taten bisher die Sozialdemokraten? **Der von dem Stadtverordnetenkollegium angenommene Antrag wurde nicht durchgeführt.**

Der Stadtrat Dr. Albrecht sabotiert bis zur Stunde diesen Beschluß.

Die Sozialdemokraten und die reformistische Bureaukratie schwiegen zu dieser Handlung Albrechts, genau so wie der **sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende der Dresdner Straßenbahn.** Während der ganzen Zeit der letzten Lohnbewegung schnitten die Gewerkschaftsführer diese Frage nicht an. **Erst nachdem der Genosse Gruner in der Sitzung des Verwaltungsrats am 22. Februar den Antrag stellte, den gefaßten Beschluß vom 7. Juni letzten Jahres endlich zur Durchführung zu bringen, erinnerte sich auch die Herren Sozialdemokraten an den damals gefaßten Beschluß.** Inzwischen hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion für die nächste Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums eine Anfrage in dieser Angelegenheit gestellt.

Wenn jetzt die Reformisten dazu übergehen, in den Betrieben zu erklären, daß die Straßenbahner in kürzester Frist die Freifahrt erhalten würden, so ist das nichts anderes als eine üble Wahldemagogie. Die Versprechungen der Dresdner Reformisten werden genau so wenig in Erfüllung gehen, wie die des Seifenkünstlers bei der letzten Reichstagswahl. **Nur der Druck der Straßenbahner auf die Stadtverwaltung selbst wird ihnen das längst Zugesagte bringen.**

Also keine Illusionen, kein Hereinfallen auf den Wahlköder der SPD! Die Straßenbahner dürfen nicht den schönen Reden der Reformisten glauben, sie müssen sich nicht der Worte, sondern der Taten der sozialdemokratischen Betriebsräte erinnern. Für alle Straßenbahner gilt es, dem leuchtenden Beispiel ihrer Berliner Kollegen zu folgen und bei den Abstimmungen geschlossen einzutreten für die

revolutionäre Belegschaftsliste 2

Gruner — Göße — Lade — Berger

Die einzig richtige Antwort

Rote Betriebsratsliste bei Wünsches Erben Ebersbach

Der Versuch der Reformisten, bei den jetzt stattfindenden Betriebsrätewahlen oppositionelle Arbeiter auszuschalten, stößt auf immer größeren Widerstand bei den Arbeitern. In dem großen Textilwerk **Herm. Wünsches Erben in Ebersbach** verlangte die Opposition eine allgemeine Belegschaftsversammlung, in der auch die Kandidatenaufstellung für die Betriebsratswahl vorgenommen werden sollte. Dies wurde von dem reformistischen Betriebsrat wie auch von der Verbandsbureaukratie abgelehnt, so daß sich die Opposition gezwungen sah, eine eigene Liste aufzustellen. Nachdem die Liste eingereicht war, versuchte die Verbandsbureaukratie mit den üblichen Methoden der Ausschlußandrohung die oppositionellen Kollegen vom Rücktritt der Oppositionsliste zu bewegen. Als auch dies nichts nutzte, schlugen die Reformisten eine Besprechung vor. Die oppositionellen Kollegen waren bereit, ihre Liste zurückzuziehen, wenn sie eine ihrem Einfluß entsprechende Vertretung im neuen Betriebsrat erhalten würden. Sie verlangten 4 Mandate. Schroff wurde dies abgelehnt, so daß die rote Betriebsratsliste aufrechterhalten bleibt.

Am 21. März findet nun die Wahl statt. 3 Listen sind eingereicht. Die Hetze der Reformisten gegen die Spitzenkandidaten der Oppositionsliste wird an dem Willen der Belegschaft, ihre Stimme den Vertretern einer entschiedenen Klassenkampfpolitik zu geben, nichts ändern. So wie in anderen Betrieben des Reiches und in Ostsachsen, wird auch die Belegschaft von Wünsches Erben zeigen, daß sie die Politik des Textilarbeiterverbandsvorstandes ablehnt, und wird durch ihre Stimme zum Ausdruck bringen, daß sie den Verrat der Reformisten bei der letzten Textilarbeiterlohnbewegung aufs schärfste verurteilt. Die Losung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Wünsches Erben lautet:

Alle Stimmen der roten Liste 3:

Thomas — Mathe — Clemenzl